

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugs-Preis: Monatlich 2,50 Mark.
Bei Entfernung durch die Posten 2,50 Mark.
Der halbe höheren Betrag (Krieg ob. soz. Innen-
ministerialer Belastungen des Betriebes der
Zeitung, der Dienststellen ob. d. Bevölkerungs-
versorgung) hat der Besitzer keinen Anspruch auf Abrechnung oder Nachforderung der
Belastung ob. auf Nachzahlung. Vertragssatz.

Anzeigen-Preis: Die Mindestpreise fallen
oder deren Kosten nicht mit in die Wk., und
der reellen Seite mit 125 Wk. berechnet.
Anzeigen werden an den Redakteuren
bis spätestens vorzüglich 20 Tage vor Wk.
Geschäftsführer erhalten.
Jeder Anspach auf Nachzahlung ist
der Werbegewaltung sofort klar abzusagen
wurden und zwar wenn der Vertrag
in Aussicht gestellt.

Unterhaltungs- und Anzeigebatt

Hinweis-Anschlag Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Röhle, Groß-Okrilla.

Nummer 142

Freitag, den 10. Dezember 1920

19. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Kleie - Verkauf.

Im Hof des Bahnrestaurants zu Ottendorf, wird für Ottendorf-Moritzdorf und bei Herrn Gutsbesitzer und Gem. Hett. Stein, wird für Ortsteil Gunnendorf

Freitag, den 10. dts. Mts., vorm. 8 bis 12 Uhr Kleie abgegeben. Auf eine Kugelkugel kommen 15 Pfund Kleie zur Verteilung. 1 Pfund Kleie kostet 33 Pf.

Kleie, die innerhalb der angegebenen Zeit nicht abgeholt worden ist, wird anderweit vergeben.

Ottendorf-Moritzdorf, am 8. Dezember 1920.

Der Gemeindevorstand.

Steinbüren.

Die Abfuhr von ca. 80 cbm. Als Schlag vom Bahnhof Gunnendorf nach der Radeburgerstraße soll an die Mindernden vergeben werden.

Angebote werden bis 17. dts. Mts. im Rathaus — — — angenommen.

Ottendorf-Moritzdorf, am 7. Dezember 1920.

Der Gemeindevorstand.

Sammlung für Oberschlesien.

Der Tag der Abstimmung darüber, ob die Provinz Oberschlesien mit Deutschland oder Polen vereinigt werden soll, rückt heran. Von größter Bedeutung ist diese Abstimmung für das ganze Deutsche Volk, da Deutschland ohne Oberschlesien, ohne seine Industriewerke, ohne seine Kohlenfelder und Waldungen kaum zu leben vermögt.

In welten Schichten des Deutschen Volkes wird diese große Gefahr, die heute von polnischer Seite unserer schlesischen Brüder droht, noch nicht recht erkannt und gewürdigte Stillegung eines großen Teiles unserer Industrie infolge Rohstoffmangels und bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit würden die nächsten Folgen des Verlustes sein.

Pflicht eines jeden stimmberechtigten Deutschen ist es deshalb, am Tage der Abstimmung in Oberschlesien zu wohnen. Um einem jeden die Erfüllung seiner vaterländischen Pflichten zu ermöglichen, bedarf es der Bereitstellung von Unterkunftsmitteln, da sich der Aufenthalt auf etwa 10 Tage stellen wird.

Der Bezirk wird jedenfalls den Kreis Groß-Strehlitz (Besitzungen des Herrn Grafen Brühl) durch Übernahme der Batzenhaft unterstützen.

Auch die heimige Einwohnerschaft wird gebeten, diesem Bezirk durch Hergabe von Bettlen, Decken, Ob- und Waschzetteln und Geld nach Kräften beizustehen. Zuwendungen werden bis

14. Dezember 1920

Die gelehrten Gegenstände werden nach erfolgter Abstimmung zurückgegeben.

Ottendorf-Moritzdorf, am 8. Dezember 1920.

Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 12. Dezember, von nachm. 1 Uhr an soll die

Waldstreue

auf dem Pfarrholz am Wildzaunweg meistbietend gegen sofortige Barzahlung parzellenweise an Ort und Stelle versteigert werden. Treffpunkt am Wildzaunweg.

Ottendorf-Okrilla, am 9. Dezember 1920.

Der Kirchenvorstand.

Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Kirchenvorstand beabsichtigt, das anstehende Holz

auf Wildzaunweg in 6 Parzellen parzellenweise gegen Höchst-

Gebot abzugeben.

Schriftliche Angebote sind bis zum

20. Dezember

verschlossen an Herrn Hausdorf abzugeben. Bedingungen und ebenda zu erfahren. Gutschlag bleibt vorbehalten.

Ottendorf-Okrilla, am 9. Dezember 1920.

Der Kirchenvorstand.

Örtliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 9. Dezember 1920.

— Auf die Sonnabend und Sonntag im Gasthof Gunnendorf stattfindende Gesäßelausstellung des hiesigen Gesäßelausstellungvereins weisen wir besonders darauf hin. Erfreulicherweise sind die Anmeldungen so zahlreich eingegangen, daß der Führer fast 300 Nummern aufweist. Darunter sind allein 9 Sammelklassen Hühner vorhanden. Auch seltene Rassen wie Bergische Kräher, Silberla, Brahma und andere gute Arten sind vertreten. Ebenfalls sind gute und schöne Rassen in Tauben vorhanden, sodass ein Besuch der Ausstellung nur zu empfehlen ist.

— In der letzten Sitzung des Ortsvereins hielt Herr Dr. Stolzenburg in anschaulicher Weise einen Vortrag über die Geschlechtskrankheiten. An der Hand von Bildern und durch genaue Beschreibung der einzelnen Krankheitssymptome legte er dar wie überaus fruchtbare und gefährliche diese Art Krankheiten sind. Fruchtlich und beherzigenswert ist nur, daß bei rechtzeitiger Hilfe durch den Arzt Hebung möglich ist. Wünschenswert aber ist, daß jeder junge Mann und jede junge Frau vor Eintritt in die Ehe sich vergewissert durch gründliche ärztliche Untersuchung, ob sie gesund sind, um jede Ansteckung von vorneherein zu verhindern. Die Versammlung sprach sich einstimmig dahin aus, den Vortrag auch öffentlich durch Herrn Dr. Stolzenburg halten zu lassen. Sodann wird der Vorstand durch zwei Herren aus Gunnendorf ergänzt. Für den Diaconiaausschuß des jeweiligen Vorstands des Ortsvereins angehört, wird kein neuer Mitglied als Vertreter gewählt, da sehr viele Mitglieder des Ortsvereins, wie auch der Vorsitzende, den Ausschuss schon angehören. Auch dieses Jahr soll die Möglichkeit gegeben werden, die Abjahrsglückwünsche abzulösen, dafür wird mindestens ein Beitrag von 3 Mark für die Gemeinediaconie erhoben. Ende Februar soll im Rath ein öffentliches Vergnügen abgehalten werden, um durch die eingehenden Geldmittel dem Verein seine der Allgemeinheit zu Gute kommenden Bemühungen weiter zu ermöglichen. Zum Besen der Rodel- und Eisbahn soll ein Kinderkonzert angeregt werden. Für die Gemeinde Ottendorf wird ein Beitrag als Einzugsgabe bewilligt.

— Sitzung des Gemeinediaconiaausschusses. Die Diakonissenanstalt hat wegen ihrer wirtschaftlichen Notlage auf Anregung des Ministeriums des Innern für Überlassung der Gemeindeschwestern jährlich für 1920 2000 Mark, für 1921 2665 Mark gefordert. Da man die Notwendigkeit der Erhöhung anerkennt, beschließt man den erhöhten Betrag zu bewilligen und die politischen Gemeinden mit zur Deckung des Fehldetrages heranzuziehen. Außerdem wird das Tagegeld der Schwestern erhöht. Zur Deckung der erhöhten Umläufe beschließt man jerner Gebühren für die Benutzung der Geschäfte zu erheben, n. w. je nach Größe 1, 2, 3 M. wöchentlich. Auch sollen die, welche die Pflege der Schweine in Anspruch nehmen und ihrem Einkommen nach dazu in der Lage sind, in Einverständnis mit dem Gemeindevorstand um freiwillige Beiträge ersucht werden. Der Ausschuss glaubt, daß sich jeder der irgendwie in der Lage ist, gern dieser Pflicht der Dankbarkeit unterzieht. Auch sollen werden Spenden für die Gemeinediaconie gern angenommen, um ihr dadurch einen weiteren Ausbau zu ermöglichen.

— Weihnachtspaketverkehr. Bei den zum Teil noch bestehenden Betriebschwierigkeiten muß wieder zur Bevollmächtigung des Weihnachtspaketverkehrs für kurze Zeit eine Beschränkung der Wertpaketförderung eintreten. Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 24. Dezember werden deshalb die Postanstalten zur Förderung unter Wertangabe von mehr als 500 Mark von Privatpersonen nur solche Pakete annehmen, die — abgesehen von den Inhalten bestehenden Mitteilungen — ausschließlich barcs Geld oder Wertpapiere, Umlaufs, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus hergestellte Gegenstände enthalten. Wertpakte von mehr als 500 Mark mit anderem Inhalt müssen während der angegebenen Zeit von der Verbindung unter der höheren Wertangabe ausgegeschlossen werden. Die Sparte erfordert sich nur auf Wertpakte bis 500 Mark sowie auf Gutsendungen und dringende Pakete. Die glatte Abwicklung des Weihnachtspaketverkehrs kann durch Beachtung nachstehender Punkte wesentlich erleichtert werden. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungsmöglichkeiten dauerhaft herzustellen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und halbar anzubringen; der Name des Bestimmungsorts unter nächster Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern. Auf

die Beachtung der Vorschrift, auf dem Paket den Namen und Wohnort nebst Wohnung des Absenders anzugeben und in das Paket ebenfalls ein Doppel der Aufschrift zu legen, wird besonders hingewiesen.

— Fleischversorgung im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg. Für die Woche vom 6. bis 14. Dezember 1920 erhalten auf die Fleischbezugskarte, Abschnitt 10 Personen über 6 Jahre 125 gr Corned beef für 2,50 Mark, Personen unter 6 Jahren 65 gr Corned beef für 1,25 M.

— Das neue sächsische Ministerium wird sich nach der Einigung der beiden sozialistischen Parteien wie folgt zusammensetzen: Bud, Ministerpräsident, Lipinski, Minister des Innern, Fleißner, Kultusminister, Jädel, Arbeitsminister, Schwarz, Wirtschaftsminister, Hartwig, Justizminister. Die Besetzung des Finanzministerium erfolgt durch einen Mehrheitssozialisten. Es steht aber noch nicht fest, ob der bisherige Arbeitsminister Held für diesen Posten in Frage kommt.

Dresden. Gesetzte Strafen für Radfahrer. Die von den Radfahrerverbänden erbetene Konferenz mit dem Regierenden für Verkehrsweisen im hiesigen Polizeipräsidium fand gestern mittag statt. Überregierungsrat von der Planitz empfing die Verbandsvertreter und gab den Bescheid, daß die Abschaffung der Radfahrkarte nur vom Ministerium des Innern ausgeben könne und erbat sich anschließend die Wünsche der Verbände zwecks Freigabe der in der inneren Stadt gesetzten Strafen. Herr G. Lutze (Ulvion) verwies im besonderen auf die Freigabe der Strafen in Berlin und übergaß einen demengähnlichen Erlaß des Berliner Polizeipräsidiums. Eine Einigung der hiesigen Geschäftslute mit Unterstrichen der an den gesetzten Strafen liegenden größeren Firmen überreichte Herr Sabielin und legte dabei dar, daß gerade auch die Firmen für ihre Bojen und ihre Angestellten zu Rad die Freigabe der Strafen und ebenso die Abschaffung der Radfahrkarte sehr begrüßen würde. Nach weiteren Ausführungen der Vertreter des A. R. B. und des B. D. R. gab Herr v. d. Planitz für das Polizeipräsidium eine ablehnende Geltung für die geteuften Forderungen ab. Der Antrag des Herrn Faust (B. D. R.), doch mit einem vierjähriger probeweiser Aufhebung den Versuch zu machen, ob der Radfahrer den Verkehr höre oder nicht, wurde von Seiten der Polizei entgegengenommen.

Bautzen. Wegen verübtem Mord und Straftaube hatten sich der 19jährige Willi Zeipe aus Wilischdorf und sein 18jähriger Bruder Max Prate ebenfalls von dort vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Sie hatten den Pferdehändler Nieschan aus Görlitz auf der Straße nach Ostrau beraubt wollen und zu diesem Zweck aus dem Revolver dreimal auf ihn geschossen, wodurch Nieschan eine stark blutende Kopfwunde erhielt. Ein weiterer Schuß traf den Überfallen an die Stirn. Hierauf raubten sie ihm seine Handtasche. Zeipe wurde zu 8 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und Prate zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Friedersdorf. Die dem Mühlensitzer Biller hier in der Nacht zum 24. November geschlagenen Pferde mit Wagen sind hinter Gosien bei Berlin wiedererlangt und vom Bestohlenen dort abgeholt worden. Dortigen Einwohnern ist das Nachts fahrende Geschirr verdächtig vorgekommen und von ihnen verfolgt worden. Zwei auf dem Wagen befindliche Personen haben dann das Geschirr im Stich gelassen, die Flucht ergreifen und sind unbekannt entkommen.

Leipzig. In der Nacht zum Dienstag entstand Elisenstraße 9 in dem im Hof gelegenen Fabrikgrundstück Feuer, das vermutlich im Kellergründstück entstanden war und durch einen Schacht sofort nach dem Dachgeschoss hinaufging. Es fand in den einzelnen Stockwerken gelegenen Tischler-Buchdrucker- und sonstigen Werkstätten reichliche Nahrung. Der Dachstuhl des Mittelgebäudes und ein Teil der darunter liegenden Geschosse verbrannten vollständig. Drei Löschzüge der Feuerwehr griffen sofort von der Elisenstraße und ein Zug von der Bayrischen Straße vom Dache der Volksschule aus an. Mit 15 Rohren war nach zweistündiger Tätigkeit das Flammenmeer so weit gelöscht, daß eine Gefahr für die Nachbargrundstücke nicht mehr in Frage kam.

Rechnungen

liefern schnell u. sauber
Buchdruckerei H. Röhle.

Niedergang.

Von unserem 6. Mitarbeiter wird uns geschrieben:

In Berlin und auch sonst im Reich wurde eine prohe Kinderhilfwoche eingeleitet, eine Sache, die ganz für sich selbst spricht, die auch in normalen Zeiten offene Herzen und rechte Teilnahme finden müßte, und der man jetzt, wo die entsetzlichen Radikalisierungen der Hungerdoktade mit jedem Tage deutlicher, furchtbarer, mitleidiger werden in die Er-scheinung treten, den selbstverständlichen Erfolg von der Welt voraußgahat hätte.

Aber die Versammlungen, mit denen das Blüffwerk dieser Tage in der Reichshauptstadt eröffnet wurde, wie ein zumeist nur einen schwachen Bruch auf, trotzdem es vorher an aufflammenden Auseinandersetzungen in der Presse nicht gegeben und trotzdem man mit berühmten Namen von Männern und Frauen, die sich in den Dienst dieser guten Sache stellen wollten, nicht gespart hatte. Um so stürmischer, um so überwältigender war der Besuch, den das Schlusspielerennen in dem kleinen Vorort Mariendorf auszuweisen hatte. Hier ließ alles zusammen, was für den logenmann "grünen Aalen" Interesse und Zeit und Held thut zu haben scheint, und mit Stotz verkündigte die Rennleitung bei der Abrechnung, daß nicht weniger als eine halbe Milliarde beim Totalisator umgesetzt worden sei. Eine halbe Milliarde! Für den Sinnlichkeit einer halben oder einer viertel Stunde, für die Aufregung um Sieg oder Niederlage dieses oder jenes Werdens, für die über nach leidet, mühsamen Gewinn von ein paar 50- oder 100-Wiesschen strömten Zuschauer und über laufende Menschen zusammen, umliefen wie lebendige Männer den Rennplatz und die Toiletten und warten und wieden nicht, bis die Gloste der Rennleitung den Schluß des Sonntagvergnügens verkündet hat.

Und ist sich vielleicht noch ein verhältnismäßig harmloses Schauspiel, das man in gewöhnlichen Zeiten gelassen muß, weil ja dieser oder jener Nutzen von allgemeiner Bedeutung mit ihm verbunden sein soll. Wie ist aber sind wir gefasst, wenn die Männer zu solchen Veranstaltungen sich drängen, als beschwerte sie kein Schmerz und keine Sorge, und nebenan lieben Verfolzungsräume leer, in denen über die herbrechende Not unserer Jugend gesprochen werden soll. Auf allen Wegen kommt man über die unerhörte Teuerung, über die Unmöglichkeit, sich ausreichend zu ernähren, zu leiden, zu erlösen — und dann eines kurzen Sonntag-Ruhmabends werden mit leichter Hand 500 Millionen ausgegeben für einen vorübergehenden Sinnentzug, für einen Augenblickraum. Was soll man im Auslande unter solchen Umständen von unseren Kriegsgefangenen, das wir nicht im ande jenseit, die vertraglich übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, was von der Moral eines Volkes, das bei einem Verderben jeden bisherigen Rekord auf dem Gewebe der Weltleidenschaft schlägt, das Vieleswert der deutschen Kinderhilfe dagegen schmählich im Stich läßt? Sind wir erstaunt noch weit, das trende Geister, treue Herzen sich um uns bemühen, da uns anscheinend jeder Sinn für die Lage, in der wir uns befinden, verloren gegangen ist?

Noch terner Regierung, noch feiner Volksvertretung, in welcher Gestalt auch immer sie es verucht hat, ist es gelungen, das Publikum aus dem Laurel des Vergnügen- und Genusses heraus zu ziehen, in dem es sich mehr und mehr verliert. Wie oft schon die Rede davon gewesen, daß man den Galanterieschlüssel der Großstadt, der Verschwendug von Zeit und Kraft erstaunlich niedrig geben müsse, und nichts, ob sonst nichts ist bis jetzt dagegen geschehen. Entweder hat man nicht den Mut, die ersten Schritte mit bei ein Leben auszumachen, oder man verliert es nicht, wie man jetzt so vieles andere auch nicht vorsieht, was in essentiell unter heutigen Zeithäusen ganz von selbst vor sich solle.

Unauslöschlich, so hieß es, geht der Verfall unserer guten Sitten einen Tag. Wenn nicht einmal das Eind unterer Kinder Welt am Hof ist einen Augenblick zur Belustigung bringt, dann verhüllt den Haupt, Germania!

Zwei Abstimmungen in Oberschlesien

Abwärtsige 14 Tage später!

Der schon vor einigen Tagen angekündigte Bruch des verfallenen Vertrages durch die Einzelne, besonders Frankreich, scheint nun in die Tat umgesetzt zu werden.

Der französische Ministerpräsident Lehqres erklärte nämlich nach seiner Rückkehr aus London, französischen Pressevertretern, es sei zwischen Frankreich und England

eine Einigung über die Volksabstimmung in Oberschlesien erzielt worden. Die stimmberechtigten Deutschen, die nicht in Oberschlesien wohnen, werden nicht zur gleichen Zeit wie die ständigen Bewohner der Provinz ihre Stimme abgeben. Zwischen den beiden Wahltagen soll ein Zwischenraum von wenigstens vierzehn Tagen liegen. Die Absicht, im westlichen Deutschland, z. B. in Köln abstimmen zu lassen, wurde fallen gelassen.

An unterschiedlicher Stelle in Berlin liegt darüber noch eine Nachricht vor. Es kann aber gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Regierung das Ergebnis dieser Einigung unter keinen Umständen annehmen oder anerkennen könnte. Auch die Abstimmung, die auf diese Weise zustandekommt, würde von Deutschland nicht als gültig betrachtet werden. Auch die über die Volksabstimmung in Oberschlesien im Februarvertrag niedergelegten Bestimmungen sind eben vertragsschädliche Abmachungen zwischen der Entente und Deutschlands andererseits. Sie können daher nicht von der Entente einzeln abändert werden, zu einer Änderung müßte vielmehr die Zustimmung Deutschlands einbezogen werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Erböhung der Kinderzölle. Der Reichsrat hat dem Entwurf eines Gesetzes, das das der Steuerungszuschlag für die Kinderzölle mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab für die drei der Drittklasse A auf 125 %, Drittklasse B auf 100 %, Drittklasse C auf 75 % festgesetzt wird, zugestimmt.

Das neue Reichsmietengesetz. Die Reichsregierung bedauert dem Reichstage in einigen Wochen den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch das die Frage der Mietszinssbildung in Ansehung vermieteter Wohn- und Geschäftsräume geregelt werden soll. Die Vorarbeiten sind sowohl gediehen, daß der Entwurf zu Beginn des nächsten Jahres dem Reichstage vorgelegt werden kann. Die bisherige Verordnung über Sammelbewirtschaftung und Warmwasserversorgungsanlagen vom 22. Juni 1919, die am 31. Dezember abläuft, ist vorläufig bis zum 30. September 1921 verlängert worden. Diese Fragen werden ebenfalls im Reichsmietengesetz neu geregelt werden.

Protestnote gegen die Konfiskation der deutschen Luftschiffe. Der Vorstand der deutschen Friedensdelegation in Paris hat der britisch-französischen Konferenz eine Note überreicht, in der gegen die Konfiskation der beiden Luftschiffe "Bodensee" und "Württemberg" als Krieg für die im Juni und Juli 1919 erfolgte Verbindung von deutschen Marinetaufgaben protestiert wird. Der Vorstand der Note wird sehr baldmöglichst veröffentlicht. Es heißt zum Schluß: "Die deutsche Regierung verfügt sich um die alliierten Flüchte die Hilfe zu richten, die Anklagezeit einer neuen Prüfung zu unterziehen. Sie gibt sich der Erwartung hin, daß diese Prüfung sie dazu führen wird, ihren Besitz vom 2. Oktober aufzugeben. Sollten die Alliierten den deutschen Standpunkt auch jetzt nicht als berechtigt annehmen, so schlägt sie vor, die Angelegenheit der Entscheidung eines Schiedsgerichts zu unterstellen. Abschrift dieser Note ist dem Vorstand der Internationalen Luftschiffahrt-Kontrollkommission mitgeteilt worden."

Für Erwerbslosenfürsorge hat das Reich seit November 1918 bis jetzt über anderthalb Milliarden Mark veranschlagt. Zurzeit entfallen auf Groß-Berlin 46 % aller Erwerbslosen, auf die anderen Großstädte weitere 42 %. 14 % nur auf andere Städte und das plattdeutsche Land.

Neine Reichspräsidentenwahl. Dr. v. Rath. Gezeigt ein Gerüst, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Rath seitens der Deutschnationalen Partei als Kandidat für die Wahl des Präsidenten der Deutschen Republik auftreten sei, nimmt der "Bayerische Courier", das Organ der Bayerischen Volkspartei, Stellung. Das Blatt bestätigt, daß in München nichts davon bekannt sei, daß Dr. v. Rath etwa eine Kandidatur annehmen würde, wenn ihm tatsächlich eine einflußreiche Gruppe die Kandidatur anzubieten die Absicht hätte oder sie ihm bereits angeboten haben sollte. Persönlichkeiten, die Herrn v. Rath nahe ständen, würden nicht das geringste von der ganzen Angelegenheit.

Steuer-Strafversfahren gegen Erzberger. Wie vermutet, hat der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Berlin III die gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger erlassene Strafanzeige dem Finanzamt in Charlottenburg übermittelt. Nach dienen Bescheide der Staatsanwaltschaft wird nunmehr das Finanzamt in Charlottenburg sich erneut

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Seitergebnisse.

* Die Reichsregierung hat eine weitere Protestnote gegen die Konfiskation unserer Luftschiffe an die Entente verabschiedet.

* Reichsverkehrsminister Ordner beschließt die Schaffung eines technischen Staatssekretariats in seinem Ministerium.

* Die Preußische Landesversammlung nahm nach einer kurmütigen Sitzung mit 200 gegen 80 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen die Verfassung in dritter Lesung an.

* Das Berliner Polizeipräsidium berichtet über militärische Geheimverbindungen, denen es auf die Spur gekommen ist.

* Der Oberstaatsanwalt in Berlin hat ein neues Verfahren gegen Erzberger in dessen Steuerangelegenheiten eingestellt.

* Die nächste Tagung des Völkerbundes soll erst im September 1921 in Genf stattfinden.

* Der Weltkongress hat den von der Kommission für den Postaufgabenbereich beschlossenen Text mit geringfügigen Änderungen angenommen.

* König Konstantin wird auf Befehl der griechischen Regierung auf dem Grenzer "Avoros" in Begleitung der gesamten Flotte von Grindil aus seatisch eingeholt werden.

mit den Anschuldigungen gegen Erzberger bekräftigen müssen. Es kann aber, sobald das Finanzamt es für richtig hält, das Verfahren an die Staatsanwaltschaft weiterleiten. So nächst wird es die Genehmigung des Reichstages erhalten müssen.

Belgien.

Die zurückgelassenen deutschen Milliarden. Die Brüsseler Händler melden, befindet sich ein Delegationschef der deutschen Regierung zeitig in Brüssel, um über die Herausgabe von 6 Milliarden Mark zu verhandeln, die nach dem Rückzug der deutschen Armee in Belgien zurückgeblieben waren.

Ein übersehenes Dokument.

Bum Kapitel der Rheinlandbesetzung.

In einem Artikel über die Kosten der Besetzung der Rheinlande schreibt die Frankfurter Zeitung: In der Tat ist von allen Seiten bereitstehenden Materialien in einem Dokument merkwürdigweise bisher übersehen worden. Danach ist zwischen der Regierung der ehemaligen Staaten, Großbritannien und Frankreich bestimmt, daß der Zeitpunkt der Rückführung der Rheinprovinz ein Abkommen geschlossen werden, nach dem die alliierten Regierungen währenddessen bestehen, daß die Zeit der Belagerung der Rheinprovinz für die alliierten Flüchte die Hilfe zu richten, die Anklagezeit einer neuen Prüfung zu unterziehen. Sie gibt sich der Erwartung hin, daß diese Prüfung sie dazu führen wird, ihren Besitz vom 2. Oktober aufzugeben. Sollten die Alliierten den deutschen Standpunkt auch jetzt nicht als berechtigt annehmen, so schlägt sie vor, die Angelegenheit der Entscheidung eines Schiedsgerichts zu unterstellen. Abschrift dieser Note ist dem Vorstand der Internationalen Luftschiffahrt-Kontrollkommission mitgeteilt worden.

Für heut und morgen.

Reichsknotenpost und Reichschildbuch. Die Unterkunft auf Übertragung von Schulobligatorien an das Land der Reichsfläche für Reichsknotenpost gehen in so großer Zahl an, daß der Reichslandesverwaltung ein, daß ihre Arbeit und die Ausarbeitung der Annahmeverbindungen voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Nachstes entsteht den Steuerbefreiungen dadurch nicht, wenn sie im § 43 des Reichsknotenpost erigesen ist, die Annahme von Schulobligationen an Zahlungs statt seines Termines des 31. Dezember 1920 gewahrt ist, falls bis zu diesem Termine der Übertragungsantrag bei der Reichslandesverwaltung eingebracht ist. Die große Zahl von Übertragungsanträgen und die dadurch bedingte, erhebliche Prüfungsaufgabe der verfügbaren Arbeitskräfte der Reichslandesverwaltung wird insoweit beeinflussen, als mit der Saison ab dem 2. Januar 1921 fälligen Reichschildbüchern zwar wie immer noch vor diesem Termin, aber doch erst einige Tage später als üblich begonnen werden kann.

Frau Schneiders Gestaltung ist von großem Wert; denn sie beweist nicht nur, daß Arstein die Tat infolge sichtbarer Provokation begangen, sondern auch, weshalb Franziska so ehrlich gegen ihn war. Sie haben Herrn von Westen einen großen Dienst erwiesen, Frau Schneider.

Vor Hedwig dies Zimmer verläßt, muß noch etwas zur Erinnerung kommen", warf Arstein rasch ein.

„Kann erzählst er in langen Worten, was im Schneiderhaus vorgegangen war. Während er sprach, erhob sich Hedwig taumelnd und blieb ihr mit trübsinnigen Augen an.

„Nanu das, was ich vorhin sagte, Sie wüßtlich tellen! Herr Baron?“ flammte sie.

„Es scheint mir fast unglaublich, Hedwig, aber Dr. Nomburg meint so“, erwiderte Arstein.

Die Totenkläse in ihrem schmalen Gesicht wischte sich einer leisen Wette. Wie im Gebet saß sie andächtig mit Hände und Knöcheln.

„Dann ist alles gut. Wenn Sie nur — gretetet weiter — dann ist das — armes Hedwig wenigstens nicht — gretetet weiter —“

Nun war das leise Wort über ihre Lippen getreten, da schwante sie leise, schwante und fiel im nächsten Augenblick schwer zu Boden.

Dr. Nomburg, Marga und der Baron stürzten zu ihrem Bettchen herbei. Doch als sie Hedwig aufzustützen, war sie bereits tot.

„Gretschlag!“ verklärte der Arzt in ernstem Tone.

(Schluß folgt.)

Zweimal gelebt.

Aus dem Gedicht von G. Wehner.

83

(Nachdruck verboten.)

„Es wird nötig sein, daß Sie den ganzen Talbestand zu Papier bringen“, bemerkte Dr. Nomburg, indem er Hedwig forschend betrachtete. „Ich habe einen Schimmer von Hoffnung, daß Sie, lieber Baron, den ersten Folgen Ihrer Tat entgehen, wenn dem Gericht vor und deutlich bewiesen werden kann, daß Sie auf Notwehr handelten.“

„Es war Notwehr — höchste Notwehr“, fügte Hedwig hinzu. „Ich weiß es ganz genau.“

In die beßrten und erregten Füchsner dieses seltsamen Vorganges kam langsam Leben. Zuerst hatten sie vom Schred gekannt wie zu Stein erfroren dazustehen. Jetzt sprach man bestig und erregt durcheinander. Nur Nomburg blieb ruhig und bediente den Koff auf dem rechten Fleck. Er lobt, daß es mit Hedwig sehr schlecht stand und siegte sich im stillen, wie ungeheuer wichtig ihre Erklärung sei, ja, es war die einzige Rettung für den Baron. Ihre Erklärung mußte also unbedingt so schnell als möglich zu Protokoll genommen werden.

„Kommen Sie, lieber Baron, setzen Sie sich“, sagte er freundlich, sah an der Hand lassend und zu einem Stuhl führend. Alle Anwesenden wußten wie in Altbau vor ihr zurück, nur Frau Cypher, deren dunkle Augen in einem unheimlichen Schein glühten — ein seltsames Gemisch von bitterem Zorn und überwundelnder Freude — trat einen Moment dicht an sie heran.

„Herr Levin, Signerlin!“ platzte sie ihr zu. „Vergeben Sie mir nicht, daß Sie einen Weinen gezwungen haben! Ihre Strafe darf keine geistige sein!“

„Still!“ gab Dr. Nomburg mit ernster Würde. „Ist dieser Augenblick sie — ein Ausdruck in seinen ernsten Augen ließ die Dame sofort verstummen; sie zog sich hastig in eine schierstecke zurück, um ihrem vor Freude überquellenden Herzen zu einem gelben Traum vom Lust zu machen.

„Seien Sie sich und erzählen Sie nochmals ganz genau, was Sie geschenkt haben“, sagte Dr. Nomburg zu Hedwig. „Herr von Wildenstein, Sie sind Magistratsrichter.“

„Ich — ne, ich weiß in diesem Augenblick wohastig nicht, was ich bin und ob ich überhaupt wache oder träume!“ murkte der alte Herr wild, indem er sich die feuchte Stirn trocknete.

„Enthalten Sie sich zu beherrschen — be enen Sie, was hier auf dem Spiele steht!“ malte der Arzt eindringlich. „Diese junge Frau hier ist sehr stark — es ist von höchster Wichtigkeit, daß Ihre Aussage zu Papier gebracht wird, bevor —“ Dr. Nomburg stieß. Hedwigs Augen hingen wie festgebannt an seinen Lippen und ihr Mund zuckte leise und schmerzlich.

„Sie können den Baron vielleicht doch noch retten, wenn Sie die Lanterne Wahrheit sagen“, sagte der Arzt leise in gütigem Tone zu ihr. „Ich über Sie hingestellt.“ Taten Sie und die Lanterne Wahrheit. Ich weiß Sie fühlten sich schrecklich, es wird Ihnen aber nachher besser werden. Wollen Sie mir also genau erzählen, was Sie damals hören und hören? Ich werde es niederschreiben — Sie unterzeichnen das Schriftstück alldann mit Ihrem Namen.“

„Kann ich den Baron wüßlich retten, indem ich die Wahrheit kennen?“ fragte Hedwig mit glänzenden Augen.

„Es ist die einzige Möglichkeit für seine Rettung.“

Die anderen saßen noch und noch einschallt an den Tisch heran, nur Frau Cypher blieb fern, sie verharzte in ihrem Sessel am Fenster, das Antlitz in ihr Taschentuch vergraben und hustig weinen.

Hedwig begann mit zitternder Stimme langsam zu erzählen. Sie hielt einmal inne, doch Nomburg half ihr stets schnell wieder weiter. Endlich war die ganze Geschichte in Protokoll genommen, nach Erledigung aller Formalitäten unterzeichnet und bezeichnet worden. Dr. Nomburg falte das Schriftstück zusammen und übergab es Herrn von Wildenstein zur Aufbewahrung.

„Ich ge e nich der feste! S verlicht bin“, sagte er dabei, daß wir den Baron retten können. Der Fall liegt ganz einfach: Es handelt sich hier um einen lit hoch er Wochte

Deutscher Reichstag.

(Aus der 89. Sitzung.)

Unter den

Turzen Anfragen,

deren Erlebnisse die Sitzung begann, befanden sich tere bemerkenswerte. So wie der Abg. Wolff (Soz.) war hin, daß das Amtsgericht in Tübingen eine Anzahl verurteilt hat, die im ersten Gläubern nur den Höchstbetrug, daß belst den Mietzins vom 1. Juli 1914 zu 100% erhöht haben. Das Amtsgericht erkennt die Verordnung des Ministers für Wohnwohlfahrt vom Dezember 1919 über die Höchstmiete nicht als rechtswidrig. Ein Regierungsrat erwiderte, daß die Regierung mit diesem Gerichtsurteil nicht einverstanden und daß die Rechtsaussicht der Verordnung einem Zweck unterliegt. Der Abg. Frau Mende (Dtsch. D.) bedauerte, daß durch den Reichskommissar Liebesabendungen aller Art aus dem Auslande, die in erster Linie lebenswichtige Vermittlungen enthielten, verhindert werden. Ähnliche Sendungen an wohlhabende Anhänger wurden zum Teil mit Verbotsantrag belegt. Darauf wurde eingewandt, daß nur Liebesabendungen aller Art, die als Schenkungen im Selbstverständnis dienten, zu lassen sind. Abg. Daumer (D.) verlangte Maßnahmen gegen die Banknotenfälsker. Von der Regierung wurde geantwortet, daß gegen die Banknotenfälsker mit einer strengen Vorschrift vorgegangen wird. In den Steuerhinterzogenen Beträgen verlor zugunsten Fleisches. Auf eine Anfrage des Abg. Wermuth (Dtsch. D.) wegen des Erfolgs von Kriegsschäden in den semantischen Schadensfällen wurde erklärt, daß dem Reichsamt den nächsten Tagen ein Gesetz über diesen Fall vorbereitet. In dem Entwurf ist vorgesehen, daß außer dem lebenswichtigen Beihilfen gewährt werden können. Auf eine Anfrage des Abg. Gutzkow (deutschl.) wurde erwidert, daß die bisherigen Vorstellungen der Regierung gegen die rückständigen Auswirkungen Deutcher aus Dänemark zum Erfolg gebracht habe. Sollten sie weiter keine Folge haben, so würden Gegenmaßregeln ergreifen werden.

Abstimmung über die Streitverordnung.

Nun kam man zur Abstimmung über die Anteile an Aufhebung der Streitverordnung des Reichspräsidenten. Ein Abg. Müller-Braun (Soz.) billigte die Verordnung des Reichspräsidenten, forderte jedoch ihre Aufhebung, weil die Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt sei. Ein Abg. Oertel (Deutschl.) verlangte durch schriftliche Anträge, daß ein Schlichtungsgericht errichtet werde. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollte die Verordnung aufrecht erhalten werden. Weiter verlangte ein Abg. Malzahn (Bündnisblätter) Aufhebung der Verordnung. Dagegen sollte ein Abg. der Regierungsbürokratie, der Demokraten, des Zentrums, der bürgerlichen Volkspartei und der deut. Volkspartei hinzugefügt werden, sobald ein Schlichter zu erlassendes Gesetz zur Einführung eines Schlichtungsverfahrens mit vertraglicher Kraft für lebenswichtige Belange ergangen ist. Der Abg. Müller-Braun und der Abg. Oertel wurden gegen 187 Stimmen der Abgeordneten abgestimmt, dagegen wurde der Abg. Malzahn gestellte Zusatzantrag der Regierungsbürokratie mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Darauf zog der Abg. Malzahn seinen Antrag zurück.

Der Abg. Schäffer (Dem.) nahm unter dem Druck und

der Heiterkeit des Hauses den Antrag Malzahn wieder auf. Bei der Abstimmung über diesen, von dem Abg. Schäffer wieder aufgenommenen Antrag Malzahn stimmten die Regierungsbürokratie und einige Deutschnationalen dafür. Die Mehrzahl der Deutschnationalen blieb sitzen. Das Bureau war zweifelhaft, wo die Mehrheit sei und ordnete die Auszählung des Hauses an. Nunmehr stimmten die Deutschnationalen für den Antrag Malzahn, so daß er mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien angenommen wurde.

Hierauf wurde die Abstimmung über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Zuerst sprach der Abg. Dr. Hugo (Deutsche D.). Er erfuhr die Regierung, in Konkurrenz gegen den Verfall der Friedensvertrag unablässige Fortschritte, und ging dann auf eine Reihe wichtiger Fragen ein. Das wirtschaftliche Ziel Deutschlands, bemerkte er u. a. si noch nicht gelöst, weil die Sozialdemokraten kein klares Programm wünschten, ihrer Regierungsmittel gedacht haben.

Weiter sprach der Abg. Taetzel (Mittelstandsb.). Er berichtete namentlich, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung auf eine Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft hinauslaufe.

Als nächster Redner folgte der Abg. Reinhard (Dem.). Er meinte geltend, daß eine Vermeidung der Produktionskrisis noch sich gedenkt würde. Gerner müsse man um zu billigeren Preisen zu gelangen, die Bauschmieden in Handel und Industrie vertreten.

Der Städtebaukomitee Stoss, der hierauf das Wort ergriff, dankte dem Vorredner für seine Anerkennung und ging dann auf verschiedene Ausführungen des Abg. Reinhard und des Abg. Dr. Hugo näher ein, wobei er hervorhob,

Zweimal gelebt.

Aus dem Englischen von C. Wehner.

Auf des Baron's dringende Bitte leitete der Freiherr von Wildenstein die nächsten Schritte zu seiner Verhaftung ein. Der Romberg fuhr mit dem nächsten Bus nach Marburg, um die wohlbekende Verhöde zur sofortigen Freilassung Erix Evoker zu veranlassen. Der Arzt hatte eine lange und ernste Unterredung mit einem höheren Beamten der zuständigen Polizei und erzählte all die erstaunlichen Umstände, welche den so merkwürdigen Fall begleiteten. Evoker erholt in längster Zeit seine Freiheit und wurde seiner Mutter und seinen Freunden wiedergegeben.

Starke Zeit darauf stand in Eisenfeld die Gerichtsverhandlung gegen Baron Robert von Arstein fest. Bis zum Tage der Verhandlung sprach man weit und breit von nichts anderem im ganzen Land. Noch nie hatte man von einem so rätselhaften Falle gehört und die Geschworenen waren aufs äußerste gespannt, wie sie sich demselben gegenüber verhalten sollten. Hedwigs hochbedeutende Erklärung rief ein bagatellesches Staunen hervor. Ihre Aussage wurde in jedem Punkte von Frau Ammerger bestätigt, und als Dr. Romberg als Zeuge erschien, bewies er nachdrücklich und überzeugend, daß Arstein die von ihm begangne Tat vollständig aus seiner Erinnerung ausgeschlossen habe. Man war von seiner Erklärung geradezu erstaunt; der fonderbare Zustand seines Patienten erregte staunendes Staunen. Die Verhandlung nahm zwei bis drei Tage in Anspruch, während welcher Zeit Arsteins Angehörige und Freunde und schreibliche Seelenquäl und Angst ausübten. Endlich wurde das Urteil verhandelt. Es lautete: „Nicht schuldig!“

Am Abend seiner Rückkehr nach Großhessen stand der Baron mit Marja auf der großen Terrasse vor dem Schloss. Es war eine prächtige Mondnacht, und die Schönheit der Hölle, in dessen Gründen das liegende Nahe machte einen tießen Eindruck auf die beiden schwergeschwätzigen Menschen.

dass ein lachlicher Gegensatz zwischen ihm und diesen beiden Rednern nicht bestehe.
Dann verlagte sich das Haus.

Preußische Landesversammlung.

(Aus der 184. Sitzung.)

Die Beratung wurde fortgesetzt beim Gesetzentwurf über die Verfassung des Staates Preußen. Die Besprechung wurde beim § 63 weitergeführt, zu dem ein Antrag Hausschild (Soz.) auf Überzeugung des

Vermögens der Hohenzollern

an die Republik Preußen ohne Entschädigung vorlas.

Abg. Heilmann (Soz.) hielt eine längere Rede über die Angelegenheit, in der er unter großer Unruhe von der rechten Seite zu dem Schlus kam, daß den Hohenzollern seine Entschädigung zustehe. Man schulde den Hohenzollern nichts.

Rednerin Auguste vom Justizministerium erwiderte, daß durch den Reichskommissar Liebesabendungen aller Art aus dem Auslande, die in erster Linie

lebenswichtige Vermittlungen enthielten, verhindert werden.

Ähnliche Sendungen an wohlhabende Anhänger wurden zum Teil mit Verbotsantrag belegt. Darauf wurde eingewandt,

daß nur Liebesabendungen aller Art, die als Schenkungen im Selbstverständnis dienten, zu lassen sind. Abg. Daumer (D.) verlangte Maßnahmen gegen die Banknotenfälsker. Von der Regierung wurde geantwortet, daß gegen die Banknotenfälsker mit einer strengen Vorschrift vorgegangen wird.

In den Steuerhinterzogenen Beträgen verlor zugunsten Fleisches. Auf eine Anfrage des Abg. Wermuth (Dtsch. D.) wegen des Erfolgs von Kriegsschäden in den semantischen Schadensfällen wurde erklärt, daß dem Reichsamt den nächsten Tagen ein Gesetz über diesen Fall vorbereitet.

In dem Entwurf ist vorgesehen, daß außer dem lebenswichtigen Beihilfen gewährt werden können. Auf eine Anfrage des Abg. Gutzkow (deutschl.) wurde erwidert,

daß die bisherigen Vorstellungen der Regierung gegen die rückständigen Auswirkungen Deutcher aus Dänemark zum Erfolg gebracht habe.

Sollten sie weiter keine Folge haben, so würden Gegenmaßregeln ergreifen werden.

Nun kam man zur Abstimmung über die Anteile an

Aufhebung der Verfassung am. Mit 290 gegen 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen wurde unter lebhafter Beifall die Verfassung angenommen.

Die wiederholte Abstimmung über das Kirchenamtstrafe erzielte dagegen dessen Annahme mit 196 gegen 187 Stimmen.

Sühneforderung für Cuxhaven.

Wiederum Unmöglichkeiten.

Wegen des bekannten Zwischenfalls in Cuxhaven hat der Reichswehrminister dem Vorsitzenden der Interallierten Marine-Kontroll-Kommission schriftlich sein Bedauern ausgeprochen und Bedrohung der Schuldigen ausgesetzt. Die Kontrollkommission hat in einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 25. November erklärt, sich damit nicht begnügen zu können und hat folgende Forderungen gestellt:

1. Entschädigung der deutschen Regierung.

2. Sofortige Entlassung und strenge Bestrafung des Festungskommandanten. Diese Bestrafung soll dem Kommandanten in Gegenwart der vier beteiligten Entsatzoffiziere verkündet werden.

3. Eingehende Untersuchung des Zwischenfalls zwecks Verhaftung und Bestrafung der Hauptbeschuldigten.

4. Zahlung von 20 500 Mark Schadens für die beschädigten Infrastrukturen.

Bereits vor Auflösung der deutschen Stellen und der Kontrollkommission einschließlich der tatsächlichen Voraussetzung ist es schwer möglich, daß die Kontrollkommission einig zu der Annahme zu haben glaubt, daß der Festungskommandant es absichtlich unterlassen habe, die gewöhnlichen Wagnisse nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 800 000 Mark nach sich. Auf Anordnung des Reichskommissars ist die Umrüstung der Bodenartillerie mit dem Säule-Hammer des Arbeiters herausgemacht worden. Der Säule wurde später im Gewich verdeckt aufgefunden, dagegen steht von dem Hammer jede Spur.

Durchsuchungen zur Durchführung der Entwaffnung. Der Polizeipräsident von Frankfurt a. m. erläuterte folgende Bekanntmachung: Die Freiheit für die freiwillige Abschiebung der Heereswaffen ist mit dem 1. November abgelaufen. Die unterlaufenen Abschiebung sollten nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 800 000 Mark nach sich. Auf Anordnung des Reichskommissars ist die Umrüstung der Bodenartillerie mit dem Säule-Hammer des Arbeiters herausgemacht worden. Der Säule wurde später im Gewich verdeckt aufgefunden, dagegen steht von dem Hammer jede Spur.

Durchsuchungen zur Durchführung der Entwaffnung. Der Polizeipräsident von Frankfurt a. m. erläuterte folgende Bekanntmachung: Die Freiheit für die freiwillige Abschiebung der Heereswaffen ist mit dem 1. November abgelaufen. Die unterlaufenen Abschiebung sollten nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 800 000 Mark nach sich. Auf Anordnung des Reichskommissars ist die Umrüstung der Bodenartillerie mit dem Säule-Hammer des Arbeiters herausgemacht worden. Der Säule wurde später im Gewich verdeckt aufgefunden, dagegen steht von dem Hammer jede Spur.

Selbst gestellt hat sich der Kölner Staatsanwaltshof der Rechnungsprüfung. Godemann, Leiter einer städtischen Amtsstelle, nach Unterschlagung städtischer Gelder in Höhe von angeblich 200 000 Mark.

Kattowitz. Auf das Gebäude des Rybniker Stadtblattes wurde ein Bombenanschlag verübt. Es wurde erhebliche Sachschaden angerichtet. Offenbar handelt es sich um einen Nachfall. Werner explodierte auf dem Bahnhofseck eine Bombe, die erheblichen Sachschaden anrichtete. Man nimmt an, daß ein Nachfall gegen den Bahnhofsvorsteher vorliege.

Gerichtshalle.

Die wunderliche Witwe. Vor einigen Monaten hatte eine Frau Stompen in Norden durch das Vorzeichen einer blauen Öffnungs- und eines Schildes eine starke Erregung unter der rheinischen Bevölkerung hervorgerufen. Dazu gab die wunderliche Witwe eine Erklärung derartigen Inhalts, daß der Anwalt zu jedem Monat 5000 und 200 000 Mark Strafe endete. Die Frau batte große Mengen von Eiern im Automobil nach Veltheim verdeckt.

Volkswirtschaft.

Milliardenförderung für Düngemittel und Auslandsmehr. Der neue Milliarden-Vorlageplan, den das Reichsfinanzministerium vorbereitet, dient vorwiegend zum Anlauf von Auslandsmehr zur Sicherstellung der Erwerbung und zur Verarbeitung von Düngemitteln zur entsprechenden Gestaltung der nächsten Jahre. Zum Teil sollen Düngemittel im Auslande gekauft, zum Teil die Inlandspreise durch Auvernahme eines Teils des Geldes auf Reichsmittel für die Bodenwirtschaft erträglich gehalten werden.

Humoristisches.

Vergleich.

Die Freunde gleichen den Telefonbeamten: Sie werden eigentlich, wenn sie lange auf eine Verbindung warten müssen.

Der Zoologe.

Hundebesitzer: Denken Sie sich, Herr Professor, gestern habe ich einen Hund mit sechs Würfen bekommen.

Professor: Aber, mein Lieber, daß ist dann doch eigentlich kein Hund, sondern ein — Hund!

Ans der Schule.

Lehrer: Ihr wisst nun, was Serum ist. Ich bitte mal einen Satz mit dem Wort.

Fritz: Der kleine Noel sieht seine Mutter und ist den sonnen Tag um sie rum.

Niederträchtig.

Neffe: Warum ist denn Name Galala heute, am Freitag Geburtstag, so widerlich?

Dorfel: Es hat ihr jemand anonym eine Schnurbinde gesetzt!

Es kommt darauf an.

Weltler Dame: Ach, das Leben ist doch recht schlimm!

Junges Student: Na, das kann ich gerade nicht beantworten!

Enttäuschung.

Sie schmeißt einfach ... auf Nova schmeißt Du einen guten Grund gemacht zu haben!

Fritz: Ach, wie mich das freut! ... Und werden entschuldigt Du das?

Sie: Ich hörte ihn gestern zu Mama sagen: man dürfe keinen Kleinen nach dem Ausflug beurteilen!

Zurückgekehrt vom Grabe meines geliebten Gatten, unseres guten Vaters, des

Herrn Bierverleger

Ferdinand Hermann Trieb

drängt es uns, allen lieben Freunden und Bekannten von nah und fern für die so zahlreichen Blumenspenden und sonstigen Ehrungen, sowie für die Begleitung zur letzten Ruhestätte unseres

herzlichsten Dank

auszusprechen.

Besonderen Dank sagen wir Herrn Pastor Freyer für die trostreichen Worte am Grabe wie in der Kirche und Herrn Kirchschullehrer Hauffe nebst den Chorschülern für die erhebenden Gesänge im Hause wie am Grabe. Dank auch dem Gesangverein nebst seinen Dirigenten Herrn Lehrer Kretzschmar für die schönen Gesänge und die unserem Verstorbenen erwiesene letzte Ehre. Auch danken wir noch der Familie Töpfer für die hilfsbereite Aufnahme unseres lieben Verschiedenen, sowie auch den Herren Dr Stolzenburg und Dr. Otto für ihre unermüdliche Tätigkeit unsern lieben Heimgegangenen uns zu erhalten. Dank auch den Mitgliedern der Bierverleger-Vereinigung und den Dresdner Geschäftsfreunden.

Dir aber lieber Gatte und Vater rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Hab Dank“ in dein stilles Grab nach.

Medingen, Boden, Hermsdorf, Finsterwalde, am 8. Dezember 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner innigstgeliebten, guten, treu-sorgenden Gattin und Mutter

Frau Ida Frieda Ziesche

geb. Angermann

dahingeschieden im blühenden Alter von 25 Jahren 11 Monaten sage ich allen lieben Verwandten und Bekannten für den schönen Blumenschmuck und das Geleit zur letzten Ruhestätte meinen

innigsten Dank.

Besonders danke ich den Arbeitslosen von der Gemeinde Ottendorf für das freiwillige Tragen und für die gesammelte Geldspende. Weiter danke ich Herrn Dr. Stolzenburg und Herrn Dr. Otto, sowie auch unserer lieben Gemeindeschwester, welche sich so sehr bemühten mein einzig liebes, gutes Friedel am Leben zu erhalten. Vor allem auch herzlichen Dank der lieben Frau Hilme für ihre unermüdliche schwere Arbeit, die sie für meine liebe Frau nebst Söhnchen Walter in den schweren Stunden gern getan hat. Besonders herzlichen Dank der Familie Paul Schnitter-Lomnitz für den schönen Palmenzweig und für die liebe Unterstützung während des Krankenlagers. Besonders Dank auch noch meiner lieben Schwägerin Anna Uschner für ihre unermüdliche Arbeit die sie Tag und Nacht für ihre liebe Schwester Frieda getan hat. Herzlichen Dank Herrn Pfarrer Gräf für seine tröstenden Worte am Grabe, auch Herrn Lehrer Beger mit seinen Chorschülern für den erhebenden Gesang. Vor allem noch innigen Dank für die Geldspende von den lieben Bekannten und Nachbarn von Ottendorf und Lomnitz. Dies alles hat meinem wunden Herzen so wohlgetan.

Sie folgte nach drei Jahren ihrem lieben Bruder Paul in die Ewigkeit nach.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, das man vom Liebsten was man hat, muss scheiden.

Schlaf wohl! Ruhe sanft! Auf Wiedersehn!

Wer sie gekannt und auch geliebt, wird meinen Schmerz ermessen.

Ottendorf-Okrilla, den 7. Dezember 1920.

Der schwergeprägte Gatte

Max Ziesche nebst Kindern
Mutter, Eltern u. Geschwistern.

Ohren-Schüber
empfiehlt
Fahrradhans Cunnersdorf

Männergesang-Verein „Deutscher Gruß“ Sonntag, den 12. Dezember im Gasthof zum Hirsch grosses öffentl. Gesangs-Konzert unter stütziger Mitwirkung der Konzertsängerin Fräulein Kaas-Glashütte.

Einlass halb 7 Uhr
Hierzu haben ganz ergeben ein
Beginn halb 8 Uhr
der Vorstand.

Gasthof zu Cunnersdorf Sonntag, den 12. Dezember von nachmittag an humoristische Unterhaltung

1 Herr, 2 Damen
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt und steht einem recht zahlreichen Besuch
freundlich entgegen.
Paul Seidensticker.

Hemden-Bartchen
in weiß, gestreift u. ungestr.
Wollene Schürzen
Strickwolle in verschied. Preisl.
Reinwollene
Frauen- und Kinder-Strümpfe
G. Weinhold, Moritzdorf.

Brennholtz
zum Jägen übernimmt
Wilhelm Bischoff
Holzwarenfabrik
Ottendorf-Okrilla.

Achtung!

Zahle stets
für Maschinenuhr, Eisen, Alt-Wäschle, Lumpen,
sonst W-inflächer, Papier und alle Arten Felle
die höchsten Tagespreise.
Alte Fabriken und Maschinen werden
durch meine Firma selbst abgebrochen.

E. Schubert & Co.

Herrnsdorf bei Dresden.
Herrnsprecher Nr. 74 Amt Herrnsdorf b. Dr.

Hellgrauer, lutzhaariger

Wachhund

mit weissen Abzeichen auf
den Namen „Dodo“ hörend,
in gestern entlaufen.

Gegen Belohnung abzu-
geben.

Kleinokrilla Nr. 13.

Felle

zu festen Tagespreisen

Emmerich Zatnik,
Ottendorf, Nauenstr. 3 o.

feine Wäsche

wird zum Plätzen
genommen.

Frau Ida Großmann
Ranzenbergsstraße 21.

Haushaltungs Wäsche

in äröheren Posten wird zur
Reinigung angenommen.

Lohnwäscherei Hauffe
Königsbrück
Hintere Gasse Nr. 4.

Achtung. Gasthof Cunnersdorf. Achtung.

Große Geflügel-Ausstellung

verbunden mit Serien-Lotterie

veranstaltet vom Geflügelzüchter-Verein Ottendorf-Okrilla und Umgegend.

Sonnabend, den 11. und Sonntag, den 12. Dezember

Eröffnung Sonnabend nachm. 2 Uhr

Um Unterstützung unseres Unternehmens durch recht zahlreichen Besuch bitten

Geflügelzüchter-Verein Ottendorf-Okrilla und Umgegend.